

Vermerk für Herrn Fraktionsvorsitzenden

über Frau Pressesprecherin Kling

zur Kenntnis

Regierungserklärung zur aktuellen Lage in Japan, Deutscher Bundestag Plenarsitzung am 17. März 2011

I. Worum geht es?

Frau Bundeskanzlerin Merkel ging nach der Naturkatastrophe und den dadurch ausgelösten Unfällen an Kernkraftwerken in Japan auf die Konsequenzen für die Bundesregierung ein. Angesichts der Unvorhersehbarkeit und des Ausmaßes sei sie eine Zäsur, die viele Fragen auf den Prüfstand stelle. In der nachfolgenden Debatte versuchte, die Opposition vor allem die Glaubwürdigkeitsfrage zu thematisieren.

II. Sachstand

1. Frau **Bundeskanzlerin Merkel** führte eingangs aus, dass man angesichts der Bilder aus Japan nicht zur Tagesordnung übergehen könne. Die Bundesregierung tue es ebensowenig wie die Menschen in Deutschland. Noch immer gelte, die Kernkraftwerke (KKW) in Deutschland seien die **sichersten weltweit**. Sie lehne es ab, die KKW in Deutschland abzuschalten und gleichzeitig **Atomstrom aus dem Ausland** zu beziehen, wo es möglicherweise geringere Sicherheitsstandards gebe. In Deutschland sei es der **Konsens** aller Parteien, keine neuen KKW zu bauen und die Kernkraft als Brückentechnologie auslaufen zu lassen. Deutschland brauche aber einen Ausstieg mit Augenmaß. Dieser müsse auch dem Ziel **Klimaschutz** gerecht werden, dieses Ziel könne man nicht einfach so beiseite schieben. Auch die Frage der **Arbeitsplätze im Industriestandort** müsse gestellt werden, wenn die Gefahr drohe, dass diese in Länder abwandern, in denen es geringe KKW-Sicherheitsstandards gebe. Die Ereignisse in Japan lehrten, dass **scheinbar Unmögliches möglich** werden könne. Aufgrund dieser neuen Lage müsse gehandelt werden und dies habe die Bundesregierung getan. Dabei gelte der Grundsatz: **Im Zweifel für die Sicherheit**. Im Lichte dieses Grundsatzes würden alle KKW erneuten Sicherheitsüberprüfungen unterzogen. Für alle KKW, die vor 1980 ans Netz gingen würden während des dreimonatigen **Moratoriums** vom Netz genommen. Damit gehe dieses weiter **als der rot-grüne Atomkonsens**, nach dem nur Neckarwestheim 1 vom Netz gegangen wäre. Für das Moratorium sei Art. 19 § 3 Atomgesetz die ausreichende **rechtliche Grundlage**. Dies sei im Übrigen eine aufsichtsrechtliche Maßnahme und kein „Deal“ oder Ähnliches. Sie könne die Debatte über die rechtlichen Grundlagen **nur schwer nachvollziehen**. Man könne der Bundesregierung nicht in einer Situation äußerster Vorsorge juristische Tricks vorwerfen.

Bei den anstehenden Beratungen würden nicht nur die Ministerpräsidenten mit KKW-Standorten beteiligt, sondern die aller deutschen Länder, aber auch gesellschaftliche Gruppen etc. Die Sicherheit der Kernenergie habe auch eine **internationale Dimension**. Daher werde sie auch in der EU und der G 20 dafür eintreten, dass die notwendigen Sicherheitsüberprüfungen vollzogen werden. Sie nannte entsprechende Initiativen im Europäischen Rat und gemeinsam mit Frankreich in der G 20. Die Lage **nach dem Moratorium werde eine andere sein als vor** dem Moratorium. Sie unterscheide sich auch von der Lage zur Zeit des rot-grünen Atomkonsenses. Das rot-grüne Konzept sei für ein Industrieland nicht tragfähig gewesen. Die **bewusst kurz gehaltene Zeit des Moratoriums** werde genutzt, um die **Energiewende zu beschleunigen**, um schneller zu einem System der Energieversorgung auf der Grundlage erneuerbarer Energien zu kommen. Deutschland brauche die **Kernkraft als Brücke** – alles andere bedeute die Probleme unter den Tisch zu kehren. Das **Energiekonzept der Bundesregierung** sehe vor, bis 2050 80% des Stroms aus erneuerbaren Quellen zu produzieren. Allerdings müsse man jetzt ehrlich über die **Voraussetzungen** hierfür sprechen. Hierzu gehöre, Windparks voran zu bringen – hierzu kündigte sie ein KfW-Programm für offshore-Parks an – ebenso wie den Ausbau der Stromnetze voran zu treiben. Auch die Energieeffizienz müsse weiter gesteigert werden. Für alles sei eine breite Unterstützung und **Akzeptanz in der Gesellschaft** notwendig. Gerade im Bereich der Stromnetze müsse man gemeinsam bei den Bürgern dafür werben. Ein Blick ins Parteiprogramm der **Grünen** zeige, dass sie beim Thema Pumpspeicherkraftwerke ebenso blockierten wie beim Netzausbau. Schließlich gelte es auch die Frage der **Endlagerung** zu lösen, die von Rot-Grün habe liegen lassen. Der **Atomkonsens von Rot-Grün** sei überdies nicht mit einer Verschärfung der Sicherheitsstandards verbunden gewesen, sondern es sei um die Gewährleistung des Betriebs gegangen. Mit der Änderung des Atomgesetzes im Herbst 2010 sei mit dem neuen § 7d erstmals eine Verpflichtung der Betreiber zur weiteren Risikovorsorge und der dynamischen Ausrichtung an neuen Situationen verbunden gewesen. Die Opposition werfe nun der Bundesregierung Täuschung und Wahlkampfaktik vor. Dieses Verhalten sei angesichts der Ereignisse in Japan völlig inakzeptabel.

2. In seiner Replik warf SPD-Vorsitzender **Gabriel** der Bundeskanzlerin vor, inkonsequent zu sein. Derzeit erlebe man das **Ende des Atomzeitalters**. Dieses Atomzeitalter sei von der Überzeugung gekennzeichnet gewesen, dass die Technik immer funktioniere und die Menschen nie versagten. Diese Überzeugung sei bereits vorher erschüttert worden, nicht zuletzt durch **Harrisburg und Tschernobyl**. Das **Restrisiko sei gerade zur realen Katastrophe** geworden. Trotzdem seien immer noch die Beschwichtiger der Atomkraft unterwegs, wenn es z.B. heiße wir hätten die sichersten KKW's. Auch in **Deutschland** habe es viele **Störfälle** gegeben und die Kanzlerin hätte ihn, als damaligen Bundesumweltminister ausgebremst in seinem Versuch, Neckarwestheim 1 und Brunsbüttel abzuschalten. Ohne die **Laufzeitverlängerung**, die er als „Deal“/Kumpanei mit den Atomkonzernen bezeichne, wären diese **längst vom Netz** gegangen. In Wahrheit handele es nur eine „**verbale Kehrtwende**“ der Bundesregierung. Vor einem halben Jahr sei der rot-grüne Ausstiegsbeschluss nicht vertretbar gewesen, jetzt müsse der Ausstieg schneller

gehen. Die SPD habe auch in der **Großen Koalition** versucht, die **älteren Meiler vom Netz** zu nehmen, sei aber von der Kanzlerin gestoppt worden. Die **Laufzeitverlängerung** von CDU/CSU und FDP sei mit den „Herren von der Atomlobby **ausgekungelt**“ worden, der Bundestag nur pro Forma beteiligt gewesen. Die Ministerpräsidenten von CDU und CSU hätten gar keine Sicherheitsanforderungen gewollt. Mit der Änderung des Atomgesetzes hätten die alten Sicherheitsanforderungen außer Kraft gesetzt werden müssen, um den neuen schärferen auch Geltung zu verschaffen. Der neue § 7d AtomG enthalte nur zwei ganze Sätze statt 1.000 Seiten Regelwerk entspreche **der seit dem Kalkar-Urteil geltenden Rechtslage**. Die Bundeskanzlerin habe sich den Gewinnwünschen der Atomkonzerne gefügt und **Sicherheit gegen Geld getauscht**. Ministerpräsident Mappus sei Atomlobbyist und Atomaufsicht zugleich. Schwarz-Gelb sei nur glaubwürdig, wenn die alten KKW's endgültig abgeschaltet würden und nicht nur für drei Monate. Die durch die Laufzeitverlängerung entstandene Brücke sei in Wahrheit eine bis 2040 geltende Dauereinrichtung. Die Bundesregierung habe mit ihrem eigenen Haushalt die Möglichkeiten für den Haushalt verbaut. So habe sie die Förderungen für erneuerbare Energien um 700 Mio. Euro heruntergefahren.

3. Die Fraktionsvorsitzende der FDP Birgit **Homburger** betonte, dass angesichts der beispiellosen Katastrophe ein Innehalten angesagt sei. Während in anderen Ländern Mitgefühl an erster Stelle stehe, führe die **Opposition** eine Debatte, bei der der Eindruck entstehe, die **Katastrophe sei hier und nicht in Japan**. Das schnelle Handeln der Regierung mit dem Moratorium sei richtig gewesen. In gleichem Maße sei eine internationale Überprüfung geboten. Die neue Überprüfung werde nach neuesten Sicherheitsstandards erfolgen. Der **rot-grüne Vertrag von 2001** sein ein Hinterzimmerdeal gewesen bei dem der Atomwirtschaft **Sicherheitsrabatte** gewährt worden seien. Bei der Änderung des Atomgesetzes 2010 hingegen seien erstmals die **Sicherheitsanforderungen dynamisiert** worden. Das Gesetz werde natürlich mit untergesetzlichen Regelungen ausgefüllt. In Wahrheit sei der Betrieb von KKW's auf der Basis einer Risikoanalyse erfolgt, bei der das **Risiko in der Vergangenheit als verantwortbar** betrachtet wurde – auch von SPD und Grünen bei deren Atomkompromiss. Jetzt gelte es, eine Neubewertung der Sicherheitsphilosophie vorzunehmen. Das Energiekonzept der Bundesregierung sehe einen **Dreiklang aus Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und dem Ausbau der erneuerbaren Energien** vor. Allein in den drei Monaten des Moratoriums sei mit 3,6 Mio. Tonnen zusätzlichem CO₂ zu rechnen. Man müsse nun auch bei der **neuen Generation von Kohlekraftwerken** mit hocheffizienter Technik die Position neu überdenken. Die FDP trete für ein **Gesetz zur Beschleunigung des Leitungsausbaus** ein. Der SPD-Antrag für mehr Geld zum Leitungsausbau gehe ins Leere, da der Netzausbau bisher nie am Geld sondern der von SPD und Grünen angeführten Dagegen-Gesellschaft gescheitert sei.
4. Der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei Gregor Gysi wies auf die Gefahr von Strahlenschäden für Millionen von Menschen in einem Land hin, das **Nagasaki und Hiroshima** erlitten habe. Die Ereignisse in Japan seien ein „Zivilisationsbruch des industriell-kapitalistischen Zeitalters“. Es gebe eine gemeinsame Wurzel von **friedlicher und militärischer Nutzung** der Kernkraft. Die Unterscheidung sei falsch. Wer über die Technik

verfüge, sei auch in der Lage diese militärisch zu nutzen. Sowohl ein Unfall als auch ein Bombenabwurf könnte die Zivilisation vernichten. Die **Unternehmen**, die KKW betrieben, besäßen nicht nur ökonomische und politische Macht, sondern würden dieses **Land dominieren**. Auch **Rot-Grün** hätte sich nicht getraut, KKW sofort abzuschalten sondern mit den Atomlobbyisten „**gefeilscht**“. Bundeskanzlerin Merkel habe diesen Kompromiss aufgekündigt, nur um den Lobbyisten extra Profite zu verschaffen. Er sprach sich daher dafür aus, einen **sofortigen Strompreisstopp** durchzusetzen. Die Unternehmen, nicht die Bürger müssten mögliche Verluste tragen. Es müsse darum gehen, den Primat der Politik wiederherzustellen. Für die Linke fordere er analog zum österreichischen Vorbild ein **Verbot der Nutzung der Kernenergie ins Grundgesetz** aufzunehmen.

5. Für die CDU/CSU-Fraktion betonte Vorsitzender Volker **Kauder**, dass er angesichts der dramatischen Situation in Japan dafür plädiere, diese **nicht zu instrumentalisieren**. Die entsprechende Ankündigung von SPD-Gabriel habe leider nur wenige Stunden gehalten. Die Menschen hätten **kein Verständnis** für die **Schlachten der Vergangenheit**. Es gehe darum sich jetzt die Frage zu stellen, was wir aus dem Ereignis lernen. Das Moratorium müsse genutzt werden, sich noch einmal alles anzuschauen. Wenn man schon vor dem Start das Ergebnis zu wissen glaube, sei das reine **Ideologie**. Wenn Rot-Grün sage, Kernenergie sei nicht verantwortbar, warum habe es dann 2001 beschlossen die KKW für weitere 20 Jahre am Netz zu halten? Der **Ausstieg 2001 sei mit einem Verzicht auf Sicherheit erkaufte**. Das Alter einer Anlage sei per se kein Sicherheitsmaßstab. Es gelte: Sicherheit zu erst. Deutschland sei umgeben von KKW. Daher sei die **Frage der Sicherheit keine nationale** sondern eine weltweite. Im Rahmen des Moratoriums werde auch die Frage der **Versorgungssicherheit** gestellt. In einem Land, in dem die Gefahr der Arbeitslosigkeit geringer geworden sei, müsse diese Frage beantwortet werden. Desweiteren müsse die Frage des **Klimawandels** berücksichtigt werden. Dies gelte insbesondere für die Nutzung von Kohle. Er forderte die Grünen auf, sich jetzt ebenfalls für den schnellen Ausbau der Stromnetze einzusetzen.
6. Der Fraktionsvorsitzende von Bündnis'90 / Die Grünen Jürgen **Trittin** unterstrich, dass die Grünen seit **30 Jahren aus guten Gründen** gegen die Atomenergie kämpften. Mit dem Ausstiegsgesetz habe man erstmals die KKW-Laufzeiten begrenzt und bereits heute wären die ersten KKW endgültig vom Netz gegangen. Hierfür gebe es einen guten Grund: **Technik und Menschen seien nicht unfehlbar**. Er selbst hätte es nie für möglich gehalten, dass in einem **Hochtechnologieland wie Japan** in 3 Blöcken möglicherweise eine Kernschmelze erfolgt sei. Nach Hiroshima sei dies die zweite atomare Katastrophe in Japan. Diese Situation sei eine **Zäsur**. Auch Union und FDP spürten den neuen Konsens. In dieser Situation gehöre **alles auf den Prüfstand**. Ein Erdbeben dieser Größenordnung sei in Deutschland nicht zu erwarten. Aber Biblis sei auf mögliche Erdbeben im Oberrhein-Graben gar nicht ausgelegt gewesen und erst auf Druck der Grünen nachgerüstet worden. Auch der japanische Ministerpräsident habe vor einer Woche seine KKW noch als sicherste der Welt bezeichnet. Im **Herbst 2010** habe Schwarz-Gelb den alten unsicheren KKW 8 Jahre längere Laufzeiten genehmigt. Die Grünen forderten nun, diese **KKW jetzt und endgültig vom Netz zu nehmen**. Eine **ernsthafte Sicherheitsprüfung dauere ein bis anderthalb Jahre** und

keine drei Monate. Er fordere Bundesumweltminister Röttgen auf, das kerntechnische Regelwerk von 2009 umgehend in Kraft zu setzen. Wenn die Bundeskanzlerin einen Ausstieg mit Augenmaß wolle sei das nicht damit vereinbar, dass die Anlagen mindestens bis **2040 oder gar bis 2050** laufen würden. Der Umstieg auf die erneuerbaren Energien sei unbequem. Er sei vor allem für die Landesregierungen von **Baden-Württemberg, Bayern und Hessen** unbequem, weil diese den **Ausbau der Windkraft verzögert** hätten. Es sei auch für die Grünen unbequem. Die Grünen seien für den Ausbau der Stromnetze und den Neubau der Pumpspeicherkraftwerke. Nun gelte es den Bürgern zu sagen, dass dies alles mit **höheren Stromkosten** verbunden sei. Aber diese Kosten seien im Vergleich zu den Kosten, vor denen Japan angesichts der Katastrophe stehen würde, gering.

7. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter **Steinmeier** betonte, er fühle sich an **9/11** erinnert. Dieses Ereignis stelle die Gewissheiten der Vergangenheit in Frage. Die **Folgen einer falschen Politik** träten nun zu Tage. Die energiepolitischen Pirouetten der Bundesregierung seien unglaublich. Wer eine Wende mache, müsse auch akzeptieren, dass es **Zweifel** gebe. Bundeskanzlerin Merkel hätte die Kernkraft immer verteidigt und auch den Atomkonsens von 2001 aufgekündigt. Die Menschen würden dies nicht vergessen. Den Kernkraftbefürwortern wie Ministerpräsident Mappus stünde nun die Angst ins Gesicht geschrieben.

gez. Ziegenbalg, 17.03.2011